

Deutsche Universität für  
Verwaltungswissenschaften  
Speyer

# ZUKUNFT VERHANDELN: WIEVIEL STADT, QUARTIER & GELD BLEIBT FÜR UNS?

---

**PROF. DR. GISELA FÄRBER**

Keynote zur Tagung im Rahmen der Tagung der  
LAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit BW 2025

am 14.11.2025 in Stuttgart

# Stadt- und Quartiersentwicklung als gesellschaftspolitische Aufgabe der Kommunen



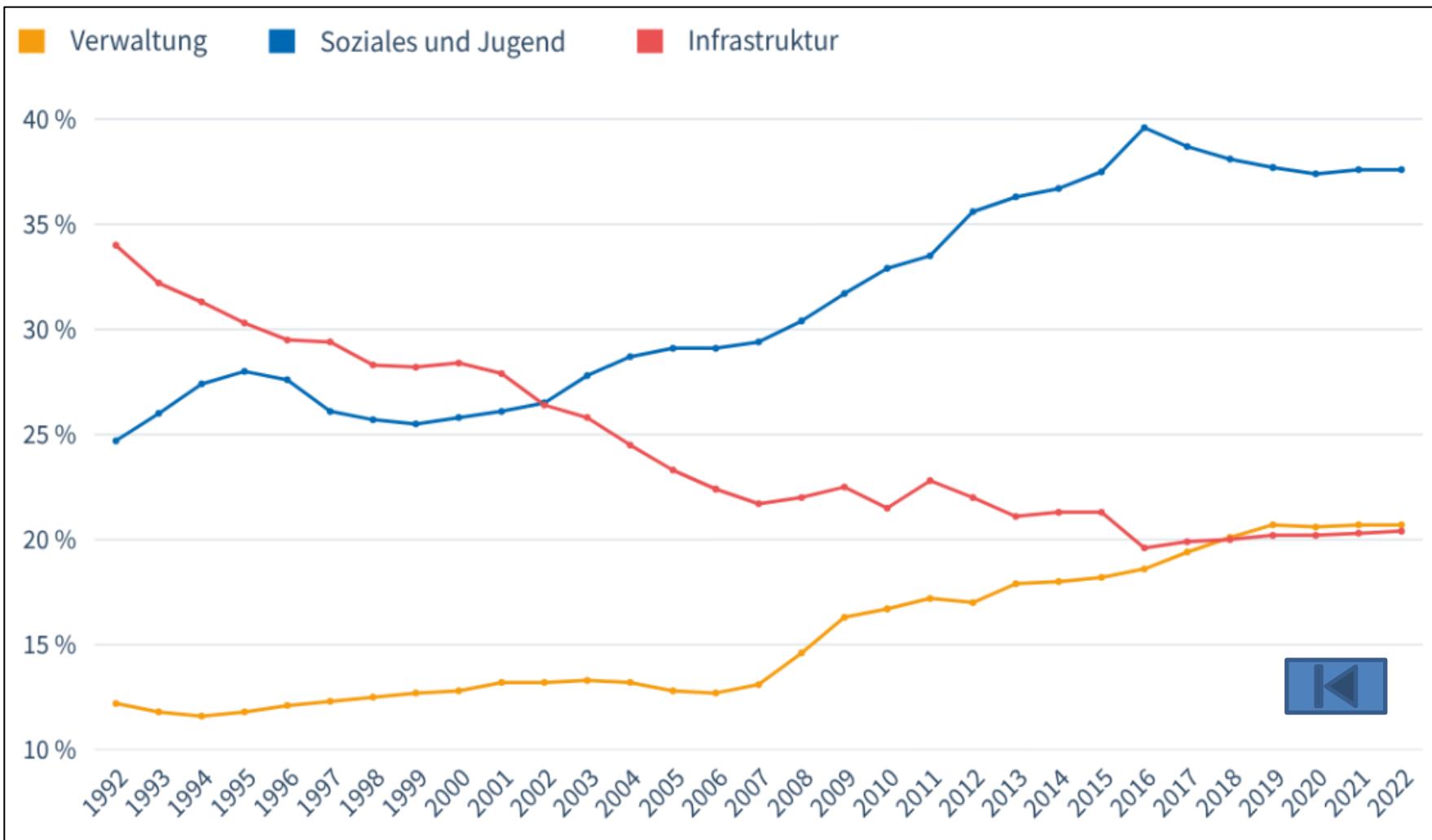
- Kommunen gestalten zusammen mit Bürger\*innen und lokaler Wirtschaft die Lebensbedingungen in den einzelnen Stadtteilen
- gemeinsame Verantwortung!!! Und: bürgerschaftliches Engagement braucht nicht nur kommunale Infrastruktur und Schutz vor unsinniger Bürokratie, sondern auch Unterstützung bei der Übernahme von Aufgaben
- häufig große Diskrepanzen je nach wirtschaftlicher und sozialer Lage der Stadtteile
- Probleme der Segregation auch angesichts der Zuwanderung in die Agglomerationen
- Seit einiger Zeit nicht nur ein sozial- und finanzpolitisches Problem, sondern auch ein Problem der Demokratie:
  - ➔ *Vor allem Stadtteile im strukturellen Niedergang verzeichnen im Wahlverhalten hohen Zulauf zu extremen Parteien*
- Frage: Wieviel ist davon auf die Schließung von Geschäften, Bankfilialen, Gastronomie und den Verfall der Kommunalen Infrastruktur zurückzuführen?

# Kommunalfinanzen: chronische Unterfinanzierung durch bundesrechtliche Überlastung



- In vielen Städten verfällt die kommunale Infrastruktur seit vielen Jahren wegen substantieller Unterfinanzierung der Kommunen
- Extrem wachsende Ausgaben für bundesrechtlich vorgegebene Vollzugsaufgaben im Sozialbereich (Kitas, Jugendhilfe, Eingliederungshilfe, demnächst Ganztagsbetreuung, ...)
- Komplexer werdender Vollzug von Bundesrecht verursacht Mehraufwand vor allem im Personalbereich 
- Länder umgehen Konnexitätsverpflichtung oft durch Nichtumsetzung von Bundesrecht
- Verkorkste Digitalisierungsstrategie von Bund und Ländern verursacht Mehrkosten statt Einsparungen und verhindert Personaleinsparungen
- Finanzierung der Kommunen aus eigenen Steuern und Steuerverbund mit ihren Ländern ist unzureichend und wächst nicht wie der Aufwand für Pflichtaufgaben
- Haushaltslücken werden zulasten der sog. „freiwilligen“ Aufgaben geschlossen: Investitionen, Stadtentwicklung, Projekte zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements  

# Entwicklung der Anteil kommunaler Ausgaben 1992 - 2022



# Wege aus der Krise: Veranlassungskonnexität und wirtschaftliche Verantwortung



- Wechsel der Pflicht zur Finanzierung der Aufgaben von Bund, Ländern und Gemeinden von der Vollzugskompetenz zur Gesetzgebungskompetenz (Art. 104a GG):  
**→ „Wer bestellt, bezahlt die Musik!“**
- Neue Instrumente zum Erhalt des lokalen Gewerbes
  - Gewerbemieten sind tendenziell zu hoch, „runde Tische“ in den Stadtteilen, Verantwortung auch der Wohnungsvermieter
  - Überprüfung der kommunalen Stadtteilsinfrastruktur
  - ggf. Verpackungsabgabe für Lieferdienste
  - Konzentration der Finanzmittel auf Problemgebiete
  - Unterstützung von bürgerschaftlichen Initiativen, die z.B. Einzelhandel und Gastronomien im Ehrenamt übernehmen
- Bürokratieabbau und Vermeidung neuer unnötiger Bürokratie
- Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements: kommunale Beteiligungsformate vor Ort, vor allem mit benachteiligte Gruppen